

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 1-2

Artikel: Die Stunde des Kandidaten
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Stunde des Kandidaten

Welche Chancen Oskar Lafontaine als Herausforderer Helmut Kohls bei der Bundestagswahl Ende 1990 einzuräumen sind, lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Fest steht, dass er seine erfolgreiche Strategie, die ihm im Saarland zu einem triumphalen Sieg verhalf, auch auf Bundesebene praktizieren wird. Lafontaine vermag es wie kein anderer, die Defizite der CDU auf eine schlüssige Formel zu bringen.

Im Gegensatz zu Johannes Rau 1987, dessen Parole «Versöhnen statt Spalten» beim Wähler nicht ankam, wird Lafontaine offensiv die Schwachstellen der Union aufdecken, und zwar in der Deutschlandpolitik, der Abrüstungspolitik, bei Umweltfragen und beim Komplex der sozialen Gerechtigkeit. Dabei wird die Sprengkraft der Übersiedlerfrage im Mittelpunkt stehen. Helmut Kohl dürfte dem Florettfechter Lafontaine nicht gewachsen sein, und dem Küchenkabinett des Kanzlers wird es sehr schwer fallen, eine Taktik gegen den Herausforderer zu finden.

Kohls unbestreitbarer Vorteil liegt darin, dass sich die Bundesrepublik in einer Phase der Hochkonjunktur befindet, was erfahrungsgemäss der amtierenden Regierung zugute kommt, auch wenn sie an dieser Situation unbeteiligt ist. Ausserdem muss die SPD als Oppositionspartei noch mächtig zulegen, denn gegen-

wärtig liegt sie in der Wählergunst bei etwa 40 Prozent. Viel spricht dafür, dass die Regierung Kohl bereits bei der Landtagswahl in Niedersachsen ihre Mehrheit im Bundesrat verliert und damit bei der Verabschiedung von Gesetzen behindert ist. Ein derartig geschwächter Kanzler verliert automatisch an Prestige, bevor der eigentliche Wahlkampf begonnen hat.

Hinzu kommt, dass Kohl nicht nur gegen die SPD und die bei 10 Prozent liegenden Grünen ankämpfen, sondern das Abwandern von CDU-Wählern zu den rechtsradikalen Republikanern verhindern muss. Die Neofaschisten haben sich wie Blutegel an Unionsanhängern festgesaugt und könnten die Partei um jene entscheidenden 3 bis 5 Prozent bringen, die sie zur Mehrheit benötigt. Auch wenn die Republikaner derzeit bei knapp 5 Prozent stagnieren, so werden sie zunächst bei den Kommunalwahlen in Bayern die CSU das Fürchten lehren, zumal die CSU keinen Ersatz für Franz Josef Strauss gefunden hat.

Die Entscheidung über die Zusammensetzung des künftigen Deutschen Bundestages fallen jedoch Bürger, denen die Probleme dieses Landes bislang weitgehend verborgen geblieben sind: nämlich die Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion sowie die Übersiedler aus der DDR. Vermut-

lich werden im Dezember etwa 2 Millionen Neubürger wählen können. Diese Gruppe ist für nationale Parolen, wie der nach sofortiger Einheit, anfällig. Da ein beträchtlicher Teil dieser Menschen am Wahltag noch immer in Notunterkünften zusammengepfercht ist und grösstenteils auch keine Arbeit gefunden haben wird, ist er für rechtsradikale Demagogen anfällig. In diesem Zusammenhang muss auch darauf verwiesen werden, dass 52 Prozent der Wähler der CDU zutrauen, die Wiedervereinigung zu erreichen, aber nur 31 Prozent setzen auf die SPD. Ein neuer Nationalismus kommt erfahrungsgemäss stets den Parteien rechts von der Mitte zugute.

Das aber wäre nicht nur für die SPD verhängnisvoll, sondern auch für die Zukunft der Deutschen in beiden Staaten. Die Alliierten und das gesamte Ausland werden zu verhindern suchen, dass womöglich ein neues Grossdeutschland entsteht, das die Ostgrenzen nicht mehr anerkennt. Bei allen Überlegungen über die Bundestagswahl darf aber auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass von den Wahlen in der DDR eine Signalwirkung ausgeht: Schneidet die SPD dort gut ab und spricht sie in einer neuen Regierung ein entscheidendes Wort mit, hilft das der SPD im Westen. Regiert jedoch ein konservativer Bürgerblock, gibt das der CDU und der FDP Auftrieb.

Horst Hartmann